

«Natürlich ist die Zentralisierung ein Thema»: Jon Domenic Parolini blickt zurück auf zwei Jahre an der Spitze der Ostschweizer Kantonsregierungen.
Bild: Olivia Aepli-Item



Interview: Olivier Berger

Der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) gehören neben Graubünden die Kantone Glarus, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen und beide Appenzell an; Zürich und das Fürstentum Liechtenstein werden jeweils als assoziierte Mitglieder eingeladen. Die vergangenen zwei Jahre hat der Bündner Regierungsrat Jon Domenic Parolini die Konferenz präsidiert. Oft gehe es darum, dass die Ostschweiz gegenüber dem Bund und dem Rest des Landes geeint aufträte, sagt er.

Jon Domenic Parolini, zur Ostschweizer Regierungskonferenz treffen sich jährlich die Regierungen der beteiligten Kantone – und zwar vollzählig. Was wird an diesen Plenartreffen jeweils beschlossen?

Jon Domenic Parolini: Es geht eigentlich weniger um konkrete Beschlüsse, sondern um den Kontakt und den Austausch. Beschlüsse werden nur gefällt,

«Beschlüsse werden nur gefällt, wenn Einstimmigkeit herrscht.»

wenn wir Einstimmigkeit haben. Die Regierungskonferenz ist ja nicht der einzige Ort, wo dieser Austausch geschieht, auch die Fachdirektoren stehen regelmässig in Kontakt zueinander. Aber in der Konferenz geht es darum, Themen, welche alle Ostschweizer Kantone betreffen, zu diskutieren und die Meinungen abzugleichen.

Mit welchem Ziel?

Oft ist das Ziel, dass die Ostschweiz ihre Haltungen und Anliegen mit geballter Kraft vorbringen kann, sei es gegenüber dem Bund, der Konferenz der Kantonsregierungen, den nationalen Fachdirektorenkonferenzen oder anderen Regionen. Andere Gegenden der Schweiz machen das auch so und mit grossem Erfolg. Ich denke da nur an die Westschweiz, die häufig sehr geschlossenen auftritt. Wir suchen bei konkreten Sachthemen eine gemeinsame Haltung, damit unser Wort mehr Gewicht hat.

Was hat die Ostschweiz in den vergangenen zwei Jahren Ihrer Präsidentschaft denn besonders beschäftigt?

Ein Bereich, bei welchem wir ähnliche Anliegen und Wünsche haben, ist sicher der Verkehr, ob es nun um die Nationalstrassen geht oder um den öffentlichen Verkehr. Wir haben über das Step diskutiert, das strategische Entwicklungsprogramm Nationalstrassen des Bundes. Die Ostschweizer Kantone haben ganz allgemein das Gefühl, dass sie bei der Verkehrspolitik nicht eben bevorzugt behandelt werden.

Man fühlt sich abgehängt gegenüber den Metropolitanregionen? Natürlich ist die Zentralisierung ein Thema bei den Ostschweizer Kanto-

«Letztlich entscheiden die Regierungen souverän»

Zwei Jahre hat Jon Domenic Parolini die Ostschweizer Regierungskonferenz präsidiert. Jetzt schaut er zurück und verrät, was die Region bewegt.

«Auch in der Pandemie haben wir unseren Anliegen Gehör verschaffen können.»

nen. Das ist nicht nur beim Verkehr so, auch im Medienbereich. Bereits vor Jahren hat die Ostschweiz dafür gekämpft, dass beispielsweise beim Schweizer Radio und Fernsehen nicht alles in Zürich oder Bern konzentriert werde. Bisher mit Erfolg, es gibt auch weiterhin eine eigenständige Redaktion in St. Gallen mit einem Bündner Ableger.

Eine Besonderheit der Ostschweiz ist, dass sie häufig Grenzland ist.

Das ist richtig. Wir haben insgesamt 825 Kilometer Landesgrenze, unsere Nachbarn sind die deutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern, die österreichischen Bundesländer Vorarlberg und Tirol, das Fürstentum

Liechtenstein sowie die italienischen Regionen Lombardei und Trentino-Südtirol. Wir haben deshalb die Hochschule St. Gallen und die Fachhochschule Graubünden gemeinsam eine Studie zum Verhältnis mit den Nachbarregionen erarbeiten lassen.

Mit welchem Ergebnis?

Kurz zusammengefasst sind die Verflechtungen zwischen den Ostschweizer Kantonen und ihren ausländischen Nachbarn sehr gross, es findet viel Austausch im wirtschaftlichen Bereich statt. Während der Coronapandemie mit eingeschränktem Verkehr hat man speziell gemerkt, welche grosse Verflechtung wir mit dem benachbarten Ausland haben. Aber natürlich gibt es

regionale Unterschiede. Schaffhausen und St. Gallen etwa haben viel Grenz- und Pendlerverkehr sowie Einkaufstourismus mit Baden-Württemberg und Vorarlberg; zwischen Graubünden und seinen Nachbarn geht es neben den Pendlern aus Italien vor allem um Fragen des Tourismus und des Verkehrs.

Die Bedürfnisse und Probleme sind also sehr unterschiedlich?

Ja, und auch deshalb ist die Konferenz wichtig und wertvoll. Ich habe die Präsidentinnen und Präsidenten der anderen Kantonsregierungen beispielsweise nach Preda eingeladen; wir haben die Albulatunnel-Baustelle der Rhätischen Bahn besucht und sind dann nach Bergün gewandert. So etwas weckt mehr Verständnis für die besondere Lage und die Voraussetzungen Graubündens, als wenn wir uns in Landquart oder Chur irgendwo in Bahnhofsnähe getroffen hätten. Die Kolleginnen und Kollegen haben Dinge wie die Weitläufigkeit des Kantons und die Bedeutung der Bahn spüren können.

Trotz allem Verständnis dürften die Interessen nicht in allen Ostschweizer Kantonen immer gleich sein. Wie kommen Sie da zu der gemeinsamen Stimme, mit der Sie reden wollen?

Dann versuchen wir einfach, uns auf den grössten gemeinsamen Nenner zu einigen. Das war zuletzt bei der Vernehmlassung zur Krankenkassenprämien-Initiative und dem indirekten Gegenvorschlag dazu der Fall. Da waren wir uns nur einig, dass wir die Initiative ablehnen.

Nicht immer einig war man sich in der Ostschweiz auch über den Umgang mit der Coronapandemie.

Das ist richtig. Letztlich entscheiden die Kantonsregierungen souverän, die Konferenz beschliesst ja nichts, woran dann alle gebunden sind, wenn keine Einstimmigkeit herrscht. Aber auch in der Pandemie haben wir unseren gemeinsamen Anliegen in Bern Gehör verschaffen können.

Es gab gemeinsame Anliegen der Ostschweiz? Diesen Eindruck hatte man nicht immer.

Doch, wir waren uns einig, dass der Bund vor wichtigen Entscheidungen die Kantonsregierungen konsultieren sollte, statt, wie er das zu Beginn getan hat, nur die nationale Konferenz der Gesundheitsdirektoren. Das haben wir dem Bund auch so mitgeteilt, und diese Anregung wurde aufgenommen.

Wie direkt ist der Draht der Ostschweizer Kantone zum Bund und ins Parlament?

Es finden regelmässige Treffen mit den Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern aus der Ostschweiz während den Sessionen des Bundesparlamentes in Bern statt. Auch mit der St. Galler Bundesrätin Karin Keller-Sutter findet regelmässig ein Austausch statt. Und natürlich bringen die Kantone ihre Anliegen und Haltungen auch in den jeweiligen nationalen Fachdirektorenkonferenzen ein. Für mich waren es zwei interessante Jahre als Präsident der ORK, welche mir erlaubten, noch mehr Kontakte zu den Kollegen und Kolleginnen der Ostschweizer Kantone und den Bundesparlamentariern aus der Ostschweiz zu knüpfen.